

ExxonMobil im Visier der Staatsanwaltschaft

USA Der Öl- und Gasmulti soll Anleger bezüglich Klimawandel hinters Licht geführt haben.

MARTIN GOLLMER

Der New Yorker Generalstaatsanwalt, Eric Schneiderman, hat eine Untersuchung gegen ExxonMobil darüber eingeleitet, ob der weltgrößte Öl- und Gasmulti das breite Publikum über Ursachen und Folgen des Klimawandels angelogen hat. Schneiderman prüft ebenfalls, ob Exxon Anleger bezüglich der Risiken des Klimawandels für das Öl- und Gasgeschäft in die Irre geführt hat. Experten halten es für möglich, dass noch weitere Öl- und Gasunternehmen in die Investigation einbezogen werden. Eine ähnliche Untersuchung gegen den Kohlekonzern Peabody Energy endete am Montag mit einer gütlichen Einigung.

Der Aufforderung, E-Mails, Buchhaltungsbelege und andere interne Dokumente herauszugeben, die Schneiderman vergangene Woche an Exxon versandte, folgte auf kürzliche Enthüllungen des Recherchierdienstes Inside Climate News und der Tageszeitung «Los Angeles Times». Sie berichteten, dass Exxon aufgrund ihrer konzerneigenen Forschung sehr wohl um die Ursachen und Folgen des Klimawandels wusste und diese Forschung für die eigene langfristige Geschäftsplanung nutzte. Gleichzeitig finanzierte der Multi aber von den Neunzigerjahren bis Mitte der Nullerjahre auch Organisationen, die die öffentliche Klimaforschung kritisieren und vom Klimawandel herkommende Risiken infrage stellten.

Risiken anerkannt

In einer ersten Reaktion rechtfertigte ein Exxon-Sprecher, die Organisationen seien unterstützt worden, weil der Konzern nicht wollte, dass die USA dem Kyoto-Protokoll, einem im Rahmen der Uno ausgehandelten globalen Klimavertrag, beitreten. Als jedoch klar geworden sei, dass einige dieser Gruppen begonnen hätten, auf die Unsicherheiten der Klimaforschung und deren Resultate zu fokussieren, habe man die Unterstützung eingestellt. «Wir anerkennen die Risiken des Klimawandels», sagte der Sprecher. Er wies auch darauf hin, dass Exxon seit den Siebzigerjahren die öffentliche Mainstream-Klimaforschung mitfinanziert, Dutzende von wissenschaftlichen Berichten publiziert und mit dem Klimawandel verbundene Geschäftsrisiken gegenüber Anlegern offengelegt habe.

Ob diese Offenlegungen genügend waren, wird nun untersucht. Bis jetzt ermittelt Generalstaatsanwalt Schneiderman erst gegen Exxon. Experten meinen jedoch, dass auch noch andere Öl- und Gasunternehmen in die Untersuchungen einbezogen werden könnten. Denn beispielsweise auch Chevron, BP und Royal Dutch



Wusste Exxon über den Klimawandel intern mehr, als gegen aussen zugegeben wurde?

Shell waren Mitglied von Organisationen, die gegen das Mitmachen der USA beim Kyoto-Protokoll opponierten. BP und Shell verliessen diese Gruppen jedoch und begannen sich für Anstrengungen zur Vermeidung des Klimawandels zu engagieren. So gaben BP und Shell Mitte Oktober zusammen mit acht anderen Öl- und Gaskonzernen ihre Unterstützung für ein ambitioniertes Abkommen an der kommenden Uno-Klimakonferenz in Paris ab. Exxon war in dieser Gruppe nicht dabei.

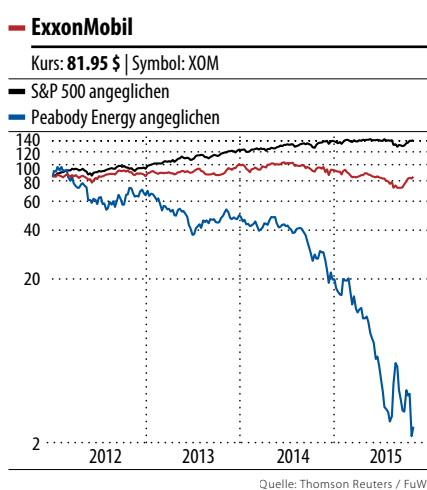
Amerikanische Medien erinnern im Zusammenhang mit der Untersuchung gegen Exxon an den Fall der Tabakkon-

zerne. Diese führten in den Fünfziger- und Sechzigerjahren intern Forschung durch, die zeigte, dass Rauchen schädlich war und süchtig machte. In öffentlichen Kampagnen behaupteten sie jedoch das Gegenteil. 2006 wurden die Konzerne wegen Betrug an der Öffentlichkeit und an Anlegern zu milliardenhohen Bussen verurteilt.

Anleger profitieren

So weit muss es im Fall Exxon nicht kommen. Das zeigt die Einigung, die der New Yorker Generalstaatsanwalt am Montag mit dem Kohlekonzern Peabody Energy erreichte. Obwohl Schneiderman feststellte, dass Peabody Anlegern gegenüber bei der Offenlegung von finanziellen Risiken für den Konzern aus zukünftigen Regierungsmassnahmen gegen den Klimawandel gesündigt hatte, verhängte er keine Busse. Stattdessen musste sich Peabody einzig verpflichten, ihre Offenlegungspraxis zu verbessern.

Fazit: Wie auch immer der Fall Exxon ausgeht, Anleger werden von mehr und zuverlässigeren Informationen über die Risiken des Klimawandels für das Geschäft der Unternehmen, in die sie investiert sind, profitieren. Und das breite Publikum wird in den Genuss wahrhaftigerer Werbung kommen.



Petrobras steht still

BRASILIEN Der Umbau des Ölkonzerns hat nicht begonnen.

ALEXANDER BUSCH, São Paulo

Die letzten guten Nachrichten über den staatlichen brasilianischen Ölkonzern Petrobras gab es im April dieses Jahres. Damals stellte der erst kurz zuvor eingesetzte Präsident Aldemir Bendine mit sechs Monaten Verspätung die Bilanz vor. Seine Analyse zu Petrobras kam gut an unter den Investoren: Hoch verschuldet sei der Konzern und wegen Korruption sowie katastrophaler Fehlplanung schwer angeschlagen – doch in der Essenz kerngesund. Die Petrobras-Aktie schnellte an der Wallstreet auf den Jahreshöchstkurs von 10\$.

Doch danach hat sich der vor sechs Jahren begonnene Niedergang der Titel fortgesetzt, ihr Kurswert hat sich halbiert. Der Konzern, der an der Wallstreet einmal wertvoller war als Microsoft, hat inzwischen 93% seines Börsenwerts verloren. Doch immer noch möchte kein Investor zugreifen bei Petrobras, immerhin dem Unternehmen mit einer der grössten Reserven unter den börsennotierten Ölgesellschaften weltweit. Der Grund für die Zurückhaltung: Bei Petrobras hat der dringend erforderliche Umbau zu einem effizienten Ölkonzern noch nicht einmal ansatzweise begonnen.

Symptomatischer Streik

Der aktuelle Streik der Petrobras-Arbeiter ist symptomatisch dafür, dass das Unternehmen immer noch nicht in der Realität angekommen ist. Die Gewerkschaften der Petrobras-Mitarbeiter wehren sich dagegen, dass die Gesellschaft Unternehmensanteile verkauft, etwa ihre Chemietochter Braskem oder das Tankstellennetz. 28 Plattformen stehen still. Jeder Streikmonat kostet den Konzern bis zu 300 Mio. \$. Das Risiko ist gross, dass der Stopp sich noch Wochen oder gar Monate hinziehen könnte. Die Mitarbeiter beeindrucken die schwere Krise des Konzerns nicht. Sie pochen auf saftige Lohn-erhöhungen, obwohl sie bereits jetzt Spitzenlöhne erhalten.

Das neue Management um Bendine versagt dabei, den Mitarbeitern klarzumachen, wie dramatisch schlecht es um den Konzern bestellt ist. Im Unternehmen dominiert immer noch die Eigeneinschätzung, die Bendine im April an die Investoren verkaufen konnte: Technologisch sei die Gesellschaft einsame Spitze, nur das Topmanagement habe versagt. Was offensichtlich Unsinn ist, wenn man die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen von Petrobras mit denen ihrer internationalen Konkurrenz vergleicht: Bei Verschuldung, Marge, Produktivität pro Mitarbeiter schneidet Petrobras katastrophal ab.

Das Unternehmen fördert kaum mehr Öl als vor zehn Jahren, trotz der höchsten Investitionen der Ölbranche weltweit und einer monumentalen Kapitalerhöhung durch den Staat. Die Raffinerien,

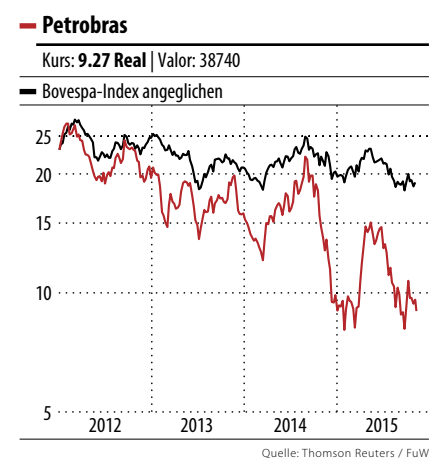
die das Land und die Industrie mit Treibstoff und Nafta versorgen sollten, sind Investitionsruinen, die vermutlich nie produzieren werden. Der Konzern ist überschuldet. Er muss die nächsten vier Jahre rund 80 Mrd. \$ umschulden. Dabei ist es mit dem schwachen Real kaum möglich, genügend Dollarzinsen zu erwirtschaften und noch zu investieren. Keine ausländische Bank gibt Petrobras noch Kredit. Von Aktionären drohen Klagen in den USA, die zu Entschädigungen von bis zu 4 Mrd. \$ führen könnten.

Ein Ende der Irrfahrt von Petrobras ist nicht in Sicht. Der Konzern besitzt weder ein unabhängiges Kontrollorgan, das Druck für Veränderungen ausüben könnte. CEO Bendine ist ein Banker, der seine Karriere vorher bei der staatlichen Banco do Brasil gemacht hat. Dort sind Produktivität und Profit ebenfalls nicht prioritär, es geht darum, möglichst reibungslos die Direktiven aus Brasília umzusetzen.

Handtuch geschmissen

Bei Petrobras ist das nicht anders, auch wenn seit der Wertberichtigung in der Bilanz in Höhe von 17 Mrd. \$ im April dieses Jahres viel von Neuanfang geredet wird: Den Aufsichtsrat kontrolliert immer noch dieselbe Regierung, die den Konzern als Selbstbedienungsladen missbraucht hat. Oberste Aufpasserin bei Petrobras über fast ein Jahrzehnt war die jetzige Präsidentin Dilma Rousseff. Ihre Mitverantwortung für die katastrophale Lage bei Petrobras wird verhindern, dass der Konzern sich jetzt wirklich erneuert.

Symptomatisch für das geringe Interesse bei Petrobras an Aufklärung war der Abgang Murilo Ferreras von der Spitze des Aufsichtsrats bei Petrobras: Der CEO von Vale, dem grössten Bergbaukonzern Brasiliens, bei dem der Staat das Vetorecht hat, war der einzige Kandidat, den die Regierung akzeptieren konnte als Aufpasser für Petrobras – vermutlich war es auch der einzige Manager, der das «Angebot» auch kaum ausschlagen konnte. Doch selbst der linientreue Kandidat der Regierung schmiss nach nur vier Monaten das Handtuch: Er ist im September vom Posten zurückgetreten.



Anzeige

ANTIZIPIEREN SIE MARKTBEWEGUNGEN

Mit Trading Alarmen sowie automatisiertem Trading mit MetaTrader 4 sind Sie dem Markt stets einen Schritt voraus.

IG.com

INDIZES | AKTIEN | FOREX | ROHSTOFFE | BINÄRE OPTIONEN

IG BANK